

-vorab per Fax-

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Otto-von-Guericke-Str. 42a 39104 Magdeburg

Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
Hegelstraße 40 - 42
39104 Magdeburg

Landesgeschäftsstelle
Otto-von-Guericke-Str. 42a
39104 Magdeburg
Telefon: (0391) 4015539
Telefax: (0391) 4015530
E-Mail: lv.sachsen-anhalt@gruene.de
www.gruene-sachsen-anhalt.de
SEB AG Berlin
BLZ 100 101 11
Kto. 169 058 4800
Straßenbahnverbindung: Linie 8, 3
Haltestelle Haeckelstr.

Ihre Äußerungen über polizeiliche Versagensfälle im Kampf gegen Rechts

Magdeburg, 22/ August 2007

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer,

zu den bekannt gewordenen Fällen von Polizeiversagen im Umgang mit rechtsextremen Straftaten äußerten Sie sich in „Magdeburger Volksstimme“ vom 16. August 2007 mit den Worten *„Das sind Einzelbeispiele, die bei Polizisten genau so ausgewertet werden müssen wie in der Medizin, im Straßenverkehr oder sonst wo.“*

Ihre Aussage verstehen wir als Verneinung, dass es bei der Polizei in Sachsen-Anhalt ein wiederkehrendes und damit eben nicht nur aus Einzelbeispielen bestehendes Problem bei der Bearbeitung von Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund gibt.

Führen wir uns noch einmal vor Augen:

- In Pretzien verbrennen Rechtsextreme öffentlich eine amerikanische Flagge und ein Exemplar des Tagebuchs der Anne Frank. Die informierte Polizei ermittelt zunächst lediglich wegen Sachbeschädigung.
- In Dessau stirbt der Asylbewerber Oury Jalloh in einer Polizeizelle unter mysteriösen Umständen. Die Polizei selbst unternimmt nichts zur Aufklärung. Im Gerichtsprozess äußert ein Richter den Verdacht, dass sich Beamte gegenseitig decken.
- Ein stellvertretender Polizeipräsident ermahnt drei Staatsschützer, sie mögen beim Ermitteln gegen Rechtsextremisten „nicht so genau hingucken“ und bemerkt außerdem, die Kampagne „Hingucken!“ sei „nur für die Galerie“.
- Ein Dessauer Polizeibeamter ermittelt gegen den Leiter der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus wegen Verleumdung, weil dieser in einem Vortrag einen örtlichen Rechtsextremisten als ebensolchen bezeichnet hat.
- Als in Halberstadt brutale Nazi-Schläger eine Theatergruppe überfallen, schreiten zu Hilfe gerufene Polizisten nicht entschieden ein. Sie sind mit der

- Situation überfordert und lassen die Täter zunächst entkommen.
- In Burg wird eine vietnamesische Familie in ihrer Wohnung mehrfach von rechtsextremistischen Schlägern dransaliert und geschlagen. Alarmierte Polizeibeamte schützen die Opfer nicht, angeforderte Verstärkung wird ihnen verweigert. Die Opfer werden schließlich allein gelassen und müssen wegen Gefahr für Leib und Leben aus ihrer Wohnung flüchten.

Berichte wie die oben genannten häufen sich. Ob in Pretzien, Zerbst, Gerwisch, Dessau, Halberstadt oder Burg – Polizisten aus Sachsen-Anhalt scheinen im Kampf gegen Rechtsextremismus zum Teil überfordert zu sein. Ein Zustand, der – wie auch in den letzten Wochen einige Beispiele gezeigt haben – längst nicht alle Polizisten betrifft, der aber Anlass zu Sorge gibt. Dies sehen nicht nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so, sondern es erweckt auch die Aufmerksamkeit überregionaler Medien. Vor allem aber machen sich viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen, ob sie der Polizei eine sachgerechte Bearbeitung der Fälle zutrauen sollen. Dies ist aber das Schlimmste, was Recht und Gesetz in unserem Bundesland passieren könnte: Der Verlust von Vertrauen in die staatlichen Organe.

In dem gleichen Interview sagen Sie zurecht: *„Fehlverhalten und Fehlentscheidungen gibt es überall, wo Entscheidungen getroffen werden.“* Problematisch ist aber aus unserer Sicht, wenn der Eindruck entsteht, es fehle an Bemühungen der Polizeispitze und der Landesregierung, einzelne Missstände schnell zu identifizieren und durch konsequentes Durchgreifen abzubauen. Ihre Worte tragen dazu bei, stattdessen eine Wagenburgmentalität zu vermitteln.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in der Tat werden wir in Sachsen-Anhalt unsere Probleme mit dem Rechtsextremismus nicht allein durch Polizeiarbeit lösen können. Natürlich gehört Zivilcourage dazu. Was aber auch dazu gehört, ist eine Vorbildfunktion durch die Landesregierung und ihre Vertreter. Wir sind überzeugt, dass Polizistinnen und Polizisten bei der Ausübung ihrer Pflichten eine Vorbildwirkung auf die Bevölkerung ausüben – und die meisten von ihnen gewillt sind, den Ruf der Polizei von Sachsen-Anhalt schnell wieder herzustellen. Daher möchten wir Sie heute noch einmal bitten, Ihre Worte zu überdenken und klarzustellen, dass alle Bemühungen, etwaige strukturelle Probleme beim polizeilichen Umgang mit Rechtsextremismus zu lösen, Ihre volle Unterstützung finden. Tun Sie es, damit die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt, aber auch die Menschen außerhalb unseres Bundeslandes ein klares Signal bekommen, das heißt: Wir haben die Probleme erkannt und wir arbeiten mit aller Konsequenz an ihrer Lösung.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Erdmenger im Namen des Landesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesvorsitzender
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt